



Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 07.12.2011
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	23:20 Uhr
Ort, Raum:	großen Saal der Stadthalle
Sitzungsnummer	STV/010/11

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Vergabe der Stromkonzession im Bereich der Schöfferstadt Gernsheim
Vorlage: 0248/S/11
- 4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2010-2015 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0245/S/11
- 5 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0246/S/11
- 6 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim
Vorlage: 0271/S/11
- 7 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik
Vorlage: 0279/S/11
- 8 Radwegeführung im Kreuzungsbereich B 44 (neu) / L 3112
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011
Vorlage: 0283/S/11
- 9 Ortseinfahrt Hahner Straße
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011
Vorlage: 0284/S/11
- 10 Wechselseitige Praktika von Beschäftigten der Schöfferstadt Gernsheim und den verschwisterten Kommunen Bar-sur-aube/Frankreich und Swiecie/Polen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0258/S/11
- 11 Antrag zur Überarbeitung der bestehenden Abfallsatzung einschl. der 1. Änderungssatzung zum HH-Jahr 2013
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0259/S/11

- 12 Errichtung eines Ortsschildes am Rheinufer
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2011
Vorlage: 0267/S/11
- 13 Bezug von Ökostrom
hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 15.11.2011 sowie
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011
Vorlage: 0285/S/11
- 14 Einrichtung/Wiederbelebung einer Treppenhausgalerie im Stadthaus der
Schöfferstadt Gernsheim;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011
Vorlage: 0286/S/11
- 15 Mehrzweckraum Schöfferhaus, Initiative zur Nutzungserweiterung;
hier: Antrag der Stadtverordneten Herbert Weckerle und Marianne Walz vom
15.11.2011
Vorlage: 0287/S/11
- 16 Gestaltung der leeren Schaufenster der städtischen Liegenschaft "Ehemaliges
Raiffeisengebäude" in der Bleichstraße;
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 22.11.2011
Vorlage: 0293/S/11
- 17 Anfragen

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt begrüßt alle Anwesenden, besonders Herrn Gilbert von der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt weiter mit, dass während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ton- und Filmaufnahmen sowie der Verzehr von alkoholischen Getränken im Sitzungsraum nicht erlaubt sind.

Er berichtet, dass der TOP 3 (Vergabe Stromkonzession) für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung entfallen kann, da die Vorlage aufgrund von weiterem Beratungsbedarf seitens des Magistrats zurückgezogen wurde. Auch teilt er mit, dass ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion i. S. Windenergie mit der laufenden Nr. 0246/S/11-03.2 auf den Tischen verteilt wurde. Er berichtet ebenfalls von der Sitzung des Ältestenrates am 06.12.2011, bei der vereinbart wurde, dass es keine Redezeitbeschränkung in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geben wird. Allerdings bittet er in Anbetracht der sehr großen Tagesordnung darum, sich möglichst kurz zu fassen. In dieser Sitzung wurde ebenfalls vereinbart, dass über die Anträge, die in den Ausschüssen einstimmig beschieden wurden, en bloc abgestimmt wird.

Weiterhin teilt er mit, dass die Stadtverordneten Bang, Schäfer, und Dogan für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

Abschließend führt Herr Manfred Schmitt aus:

1. Tagesordnung im Rahmen der Einladung vom 28.11.2011

Versehentlich wurden die Tagesordnungspunkte 4 und 5 (Haushalt und Investitionsprogramm) im Rahmen der Einladung verwechselt, so dass der TOP Haushaltssatzung vor dem Investitionsprogramm abgedruckt ist. Da beide Punkte sowieso gemeinsam aufgerufen werden, erübrigt sich eine formelle Bereinigung. Er gehe davon aus, dass Einverständnis vorliegt, dass im Protokoll selbstverständlich das Investitionsprogramm vor dem Haushalt 2012 abgehandelt wird.

2. Im übrigen liegen auf den Plätzen bezüglich der Beratungen des Investitionsprogramms und des Haushaltes 2012 folgende Unterlagen:

- Auflistung der Anträge
- Auflistung der Anträge mit den jeweiligen Abstimmungsergebnissen der Ausschüsse etc.

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Sachstandsbericht zum AST Allmendfeld

Seit etwa zwei Wochen sind die Haltestellenschilder in Allmendfeld und Gernsheim für das AST aufgestellt. Dieses wird planmäßig zum neuen Fahrplanwechsel ab 11.12.2011 in Betrieb gehen.

Zusätzlich zu den vorhandenen Informationsfeldern wie Fahrplanheft, Internet, Pressearbeit der LNVG etc. wird es seitens der LNVG ein Informationsblatt für alle Allmendfelder Haushalte geben. Dieses Info-Blatt wird in den nächsten Tagen durch Frau Erika Wagner in unserem Auftrag an alle Allmendfelder Haushalte verteilt werden.

1.2 Instandsetzung der Brücke der L3112 über die A67

Um die Autobahnbrücke der Anschlussstelle Gernsheim dauerhaft für den Schwerverkehr offen zu halten, wird das Bauwerk derzeit einer Notinstandsetzung unterzogen. Diese hat das Ziel, so die Straßenbauverwaltung, die Brücke für einen mittelfristigen Zeitraum zu ertüchtigen. Bei der 1934 errichteten Autobahnüberführung handelt es sich um eine zweifeldrige Stahlbetonbrücke. Der Überbau der Brücke und Teile der Widerlager werden vollständig erneuert. Der neue Brückenüberbau wird aus Fertigteilelementen bestehen. Voraussichtlich

Ende Dezember 2012 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Die Brücke der L3112 wird dann wieder vollständig tragfähig sein, so dass auch der Schwerverkehr die L3112 wieder uneingeschränkt befahren kann. Für die Stadt Gernsheim als Standort logistischer Betriebe ist dies eine wichtige Nachricht, ist doch der Bestand und die weitere Zukunft der eigenen Anschlussstelle gesichert. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf rund 950.000,00 EUR. Nach dem Straßenrecht gehört die Brücke zur Autobahn. Die Kosten trägt deshalb der Bund.

1.3 Geplante Streckenbaumaßnahmen des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt für das Jahr 2012

Das Straßenbauamt Darmstadt befasst sich mit einer Vielzahl von Baumaßnahmen für das kommende Jahr. Als „momentanen Sachstand“ wurde die Stadt Gernsheim davon informiert, dass auch im Bereich der B44 Südumgehung Gernsheim im Sommer 2012 mit einer Bauzeit von etwa eineinhalb Monaten ein neuer Auftrag der Straßendecke geplant ist. Betroffen ist der Abschnitt ab der Kreuzungsanlage L3112/Heidelberger Straße/B44 in Richtung Brückenbauwerk bei Maria Einsiedel. Das ASV hat der Stadt im Vorfeld ein Koordinierungsgespräch zugesichert. Die Maßnahme wird auf etwa 400.000,00 EUR geschätzt.

Die Verkehrsfreigabe der B44 Südostumgehung Gernsheim erfolgte übrigens am 24. Oktober 2000. Ein Instandsetzungserfordernis nach gut elf Jahren zeigt aber auch, wie stark dieser Streckenabschnitt frequentiert wird.

1.4 B 44 Ortsumgehung Stadtteil Klein-Rohrheim

Das Amt für Straßen- und Verkehrswesen ist derzeit dabei, für die Umfahrung der B 44 um den Stadtteil Klein Rohrheim Baurecht durch ein Plangenehmigungsverfahren zu schaffen. Nachdem der Vorentwurf im Sommer 2011 fertig gestellt wurde, folgte im August die Beteiligung der maßgeblichen Fachbehörden, die um eine schriftliche Stellungnahme gebeten wurden. Diese liegen nun –mit Ausnahme einer Rückantwort- vor. Auch diese fehlende Stellungnahme soll in den kommenden Tagen vorgelegt werden. Auch wartet man im Hause der Straßenbauverwaltung noch auf die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege nach der durchgeführten archäologisch-geophysikalischen Prospektion zur Auffindung möglicher Bodendenkmäler. Als nächster Schritt will das Amt für Straßen- und Verkehrswesen den Vorentwurf, die Stellungnahmen und deren Erwiderungen dem Hessischen Minister für Wirtschaft- Verkehr und Landesentwicklung in den nächsten Wochen zukommen lassen, mit der Bitte die Plangenehmigung –und damit das Baurecht- auszusprechen.

Wir hoffen, dass das Baurecht für die Umfahrung der B 44 um den Stadtteil Klein Rohrheim spätestens bis Mitte des kommenden Jahres vorliegt. Danach geht es an die Mittelbereitstellung aus dem Hause des Bundesverkehrsministeriums.

1.5 Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeugs (TSF-W) für die Freiwillige Feuerwehr Klein-Rohrheim

Mit Bescheid vom 18.11.2011 hat uns das Hessische Ministerium des Innern und für Sport mitgeteilt, dass uns auf Grundlage der Brandschutzförderrichtlinie ein Doppelkabinenfahrzeug zum Aufbau eines TSF-W aus der zentralen Beschaffungsaktion des Landes angeboten wird. Es soll als Ersatz für ein TSF, Baujahr 1983, dienen.

Das Fahrzeug wird uns kostenlos als Sachleistung überlassen. Der Aufbau ist von uns unter Anwendung des Vergaberechts und auf eigene Kosten in Auftrag zu geben. Üblicherweise kann die feuerwehrtechnische Beladung weitgehend vom Altfahrzeug übernommen werden. Die notwendigen Ergänzungen und Ersatzbeschaffungen von Ausrüstungsgegenständen gehen zu unseren Lasten, eine weitere Zuwendung seitens des Landes kann hierzu nicht gewährt werden.

Die europaweite Ausschreibung für die Doppelkabinenfahrzeuge soll in Kürze veröffentlicht werden. Bei planmäßigem Ablauf wird der Zuschlag im Februar 2012 seitens des Landes erteilt werden. Danach erhalten wir zeitnah weitere Informationen über den beauftragten Bieter, das verwendete Fahrzeug und den weiteren Ablauf.

Für das Angebot des Landes haben wir eine Erklärungsfrist bis spätestens 31.12.2011.

1.6 Keine Haftungsbeschränkung für Kosten eines Feuerwehreinsatzes bei Schiffsunfall - Die Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau gewinnen Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht, Leipzig, vom 23.11.2011

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 23.11.2011 entschieden, dass ein Schiffseigner seine ordnungsrechtliche Haftung für die Kosten eines Einsatzes der Feuerwehr, die aus Anlass eines Schiffsunfalls angefallen sind, nicht nach den Vorschriften des Binnenschiffahrtsgesetzes beschränken kann.

Der Schiffseigner kann nach dem Binnenschiffahrtsgesetz seine Haftung unter anderem für Ansprüche wegen Personen- und Sachschäden, die an Bord oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb des Schiffes eingetreten sind, auf einen Betrag beschränken, der sich grundsätzlich an den technischen Merkmalen seines Schiffes orientiert. Die Haftungsbeschränkung wird bewirkt durch die Errichtung eines Fonds, in den der Schiffseigner die Haftungssumme einzuzahlen hat. Sie wird auf der Grundlage der schiffrechtsrechtlichen Verteilungsordnung auf die Gläubiger verteilt.

Die Klägerin war Eigentümerin eines Motortankschiffs, aus dem im August 2004 im Rhein-Hafen von Gernsheim eine Partie von 651 Tonnen Xylol gelöscht wurde. Während des Löschvorgangs schob der Steuermann versehentlich den Fahrhebel nach vorne. Das dadurch in Fahrt gesetzte, mit der Löschanlage verbundene Schiff riss den Löscharm aus der landseitigen Verankerung, der daraufhin ins Hafenbecken fiel. Das Schiff konnte zwar sofort wieder zum Stehen gebracht

werden, so dass die Löschleitungsverbindung insgesamt standhielt. Auch konnte der Löschvorgang durch Auslösen der Notstoppeinrichtungen (Abschaltung der Pumpen und Schließen der Sicherheitsschieber) unterbrochen werden. Nach dem Abschlussbericht der Hessischen Wasserschutzpolizei tropfte aber eine Menge von (höchstens) fünf Litern durch ein Leck am Rohrleitungssystem auf die Uferbefestigung. Soweit weiteres Xylol auslief, wurde dieses durch eine Wanne aufgefangen. Die in dem Löscharm verbliebene Menge konnte in das Schiff zurückgepumpt werden. Am Unfallort kamen zahlreiche Hilfskräfte zum Einsatz, unter anderem die Freiwilligen Feuerwehren der Beklagten Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau. Wegen der Kosten des Einsatzes verlangten die beklagten Städte von der Klägerin jeweils Erstattung. Auf Antrag der Klägerin eröffnete das Amtsgericht Mainz ein schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren.

Die Klägerin hat gegen die Kostenerstattungsbescheide der beklagten Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau beim Verwaltungsgericht Darmstadt jeweils Klage erhoben und unter anderem beantragt, festzustellen, dass ihre Haftung nach den Vorschriften des Binnenschiffahrtsgesetzes beschränkt ist und den Beklagten über den Betrag hinaus, der in dem schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren zu ihren Gunsten festgestellt wird, kein weitergehender Anspruch zusteht. Das Verwaltungsgericht hat die Klagen abgewiesen, der Verwaltungsgerichtshof Kassel hat die Berufung der Klägerin zurückgewiesen.

Die Revision der Klägerin blieb erfolglos. Das Bundesverwaltungsgericht hat angenommen, dass die Kostenerstattungsansprüche der beklagten Städte nicht der Haftungsbeschränkung nach dem Binnenschiffahrtsgesetz unterliegen. Es handelt sich nicht um Ansprüche wegen Sachschäden im Sinne des Binnenschiffahrtsgesetzes. Ansprüche wegen Sachschäden sind nach der insoweit einschlägigen Vorschrift des Binnenschiffahrtsgesetzes solche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Sachen, wegen der Verspätung bei der Beförderung von Gütern, Reisenden oder deren Gepäck sowie sonstige Vermögensschäden wegen der Verletzung nichtvertraglicher Rechte. Ansprüche wegen Sachschäden sind ferner Ansprüche wegen Maßnahmen zur Abwendung oder Verringerung von Personen- oder Sachschäden, für die der Schuldner seine Haftung beschränken kann. Der Feuerwehreinsatz diente hier zwar der Abwendung eines Schadens, aber nicht der Abwendung eines Sachschadens im Sinne des Binnenschiffahrtsgesetzes. Nach den tatsächlichen, im Revisionsverfahren bindenden Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs diente der Einsatz der Feuerwehr dazu, einen Schaden für das Gewässer abzuwenden, nämlich ein Einlaufen größerer Mengen Xylol in das Hafenbecken zu verhindern. Die drohende Gewässerverunreinigung ist aber kein Sachschaden, insbesondere stellt sie keine Beschädigung einer Sache im Sinne der Definition des Sachschadens nach dem Binnenschiffahrtsgesetz dar. Denn das Wasser im Hafenbecken ist kein körperlicher Gegenstand und damit keine Sache.

1.7 Sachstandsbericht Gewerbesteuer 2011

Auf Hinweis eines größeren Gewerbesteuerzahlers ist damit zu rechnen, dass wir noch in diesem Jahr rd. 2,6 Mio. € an Gewerbesteuer zurückzahlen müssen. Der Saldo wird sich deshalb voraussichtlich auf 3,6 Mio. € verringern bei einem Haushaltsansatz 2011 von 5,5 Mio. €.

Diese Rückzahlung hängt im Wesentlichen mit einem Verlustvortrag aus den Jahren 1997 bis 2001 als Einmaleffekt zusammen. Des Weiteren werden außerdem noch Zinsen anfallen, die derzeit nicht beziffert werden können.

Nach Mitteilung dieses Unternehmens bleibt die Hochrechnung bezüglich der Gewerbesteuer für 2012 in seitheriger Höhe (6,1 Mio. €) bestehen.

1.8 Besuch Nachfahren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Familie Weil

Wie bereits dem Magistrat bekanntgegeben, erfolgte am 25.11.2011 der Besuch der Familie Sabin in Gernsheim. Familie Sabin (Eheleute und Sohn Michael) kamen um 09.00 Uhr zu einem Gespräch mit Herrn Bürgermeister Burger und wurden bei der Schöffersstadt Gernsheim freundlich begrüßt. Familie Sabin bedankte sich für die gute Vorbereitung ihres Besuches und für die Abstimmung ihres Besuchsprogramms sowohl in Gernsheim, als auch in Dieburg.

Mit erschienen war auch Herr Wolfgang Hess, der der Schöffersstadt Gernsheim ein Fenster überreichte, das aus dem Gebäude der ehemaligen Synagoge in der Schafstraße stammt und durch seinen Vater in den Besitz seiner Familie kam.

Im Gespräch wurde an Frau Evelyn Lorch Sabin eine Kopie des Geburtseintrages ihrer Mutter übergeben, wofür sie sich ausdrücklich bedankte.

Unser Archivar, Herr Hans Herbert Hertling, stellte den Entwurf seines Buches über die jüdischen Familien in Gernsheim vor, das voraussichtlich in 2012 erscheinen wird und sicherte Familie Sabin zu, dass sie nach der Herstellung ein Exemplar erhalten werden.

Des Weiteren übergab Herr Bürgermeister Burger als Gastgeschenk das neueste Buch der Schöffersstadt Gernsheim.

Nach dem Gespräch bei der Stadtverwaltung wurde auf Wunsch der Familie das ehemalige Elternhaus in der Riedstraße/Ecke Schafstraße von außen besichtigt; des Weiteren erfolgte im Rahmen des Rundgangs zunächst die Besichtigung der ehemaligen Synagoge, jeweils verbunden mit dem Austausch allgemeiner Informationen über die seinerzeitige geschichtliche Entwicklung. Danach begab man sich gemeinsam zum Friedhof in Gernsheim, um der toten jüdischen Mitbürger zu gedenken.

Auf Wunsch von Frau Sabin wurde des Weiteren der Schöffersplatz mit dem Heimatmuseum und dem Schöffersdenkmal besichtigt, da ihre Mutter hier zur Schule ging.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Rheingold verabschiedeten sich Bürgermeister Burger und Frau Bolenz aufgrund anderweitiger Verpflichtungen; Familie Sabin ist dann mit Herrn Hertling und Herrn Hutmacher zum Besuch des jüdischen Friedhofs in Alsbach-Hähnlein gefahren. Da die Schlüssel des Friedhofs in unserem Besitz waren, konnte der Friedhof betreten werden. Nach kurzer Suche konnten dort die Gräber der Vorfahren gefunden und fotografiert werden.

Nach dem Verlassen des Friedhofs in Alsbach-Hähnlein hat sich Familie Sabin dann verabschiedet und sich nochmals ausdrücklich bei der Schöfferstadt Gernsheim für die gute Vorbereitung und die umfassenden Informationen anlässlich ihres Besuches bedankt. Des Weiteren steht Frau Sabin zwischenzeitlich auch in Kontakt mit der Tochter des ehemaligen Bürgermeisters Georg Schäfer, Frau Magda Schäfer.

1.9 Erweiterung der kommunalen Kinderkrippe "Eulennest"

Mit Bewilligungsbescheid vom 15.11.2011 wurden Landesmittel in Höhe von € 90.000,00 aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zur Verfügung gestellt.

Insgesamt hat die Stadt Gernsheim damit aufgrund ihrer Anträge vom 07.12.2010 Landesmittel von € 100.000,00 und mit dem zweiten Antrag vom 28.04.2011 Landesmitteln in Höhe von € 90.000,00 beantragt.

Beide Bewilligungsbescheide vom 07.06.2011 bzw. 15.11.2011 sehen eine Bewilligung von jeweils € 90.000,00 vor; mithin insgesamt € 180.000,00.

Aufgrund der begonnenen Baumaßnahme wurde mit Antrag vom 21.11.2011 eine erste Auszahlung aus diesen Landesmitteln in Höhe von € 50.000,00 abgerufen, so dass die Schöfferstadt Gernsheim noch in diesem Jahr mit dem ersten Geldeingang aus dem Landesprogramm rechnen kann.

Die Erstellung der erforderlichen Verwendungsnachweise für diese Maßnahme erfolgt im Zuge der Abrechnung des Bauvorhabens zum Sommer 2012.

1.10 34. Gernsheimer Weihnachtsmarkt in der Zeit von 2. bis 4. Dezember 2011

Der von der Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung Gernsheim mit Unterstützung von Bernd Schellhaas durchgeführte diesjährige Weihnachtsmarkt auf dem Schöffersplatz und in Teilbereichen der Magdalenenstraße war ein voller Erfolg.

53 teilnehmende Vereine und Organisationen haben zum besonderen Gelingen beigetragen. Dank Unterstützung vieler Sponsoren konnte auf zwei Bühnen ein kulturelles Programm angeboten werden, welches regen Zuspruch erfahren hat.

Sowohl die Bücherei der Schöfferstadt Gernsheim als auch die historische Feuerwehr und das Museum wurden rege besucht. Die unterschiedlichen Aktivitäten im Museum (Origami, Ikebana und die Sonderausstellung „60 Jahre Modelleisenbahn“) und auch die einzelnen Abteilungen des Museums wurden von ca. 1.450 Besuchern wahrgenommen. Nach Auskunft der Betreuer des Historischen Feuerwehrmuseums waren es dort noch einmal ca. 1.300 interessierte Besucher.

Die Witterung am Sonntag beeinträchtigte den Weihnachtsmarkt etwas. Eine Nachbesprechung wird Erkenntnisse über die Auslastung der einzelnen Teilnehmer bringen.

Nach Auskunft vieler Besucher sollte der Weihnachtsmarkt auch in den nächsten Jahren auf dem Schöffersplatz mit Einbindung der Magdalenenstraße durchgeführt werden.

2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt teilt folgendes mit:

1. Terminkalender 2012

Auf den Plätzen liegt der Terminkalender 2012 der städtischen Gremien mit den jeweiligen Sitzungen der einzelnen Fraktionen, Stand: 30.11.2011

2. Taschenkalender 2012

Des weiteren liegt auf den Plätzen, wie seither, ein Taschenkalender für das Jahr 2012

3. Seminar „Feind war, wer anders dachte. Die Stasi als zentrale Säule der SED“

Auf den Plätzen liegt weiterhin eine Einladung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung für ein Seminar „Feind war, wer anders dachte. Die Stasi als zentrale Säule der SED“ vom 07. – 10.05.2012.

3 Vergabe der Stromkonzession im Bereich der Schöffersstadt Gernsheim Vorlage: 0248/S/11

Aufgrund von weiterem Beratungsbedarf wird die Vorlage seitens des Magistrats für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen.

Zu Punkt 4 + 5 Investitionsprogramm und Haushalt 2012

Anfragen zum Haushalt 2012 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011, Anfrage Nr. 51/2011

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgende Anfrage vorgelegt (Anfrage 51/2011):

Wir bitten um Beantwortung folgender Anfragen zum Haushalt 2012 bereits in den Ausschüssen:

1. Z-11109003 Einnahmen aus Veräußerung unbebauter Grundstücke (1,875 Mio. €): Worauf begründet sich dieser Haushaltsansatz?
2. Investitionsprogramm 52301001: Würdigung Lebenswerk Peter Schöffers „20 T€ für die Gestaltung des Umfeldes angesetzt“. Was soll hier umgestaltet werden und ist dies eine dringliche Maßnahme?
3. Aufstellung des Anlagenvermögens (inkl. Abschreibungswerte)
4. NKRS-Abschreibungstabelle zur Verfügung stellen

5. Aufstellung der internen Leistungsverrechnungen _(ILV) aus Produktsicht

Antwort:

Die schriftliche Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Einvernehmlich wird vereinbart, dass alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung eine Kopie erhalten.

**Erweiterung des Sportheims "Am Kaffeedamm";
hier: Antrag des Magistrats zum Investitionsprogramm 2010-2015
Vorlage: 0245/S/11-01**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Investitionsprogramms 2010-2015 bei Produkt 3, Produkt Nr. 11108, I-Nr. 11108024 „Erweiterung Sportheim“, im Finanzplan 2013 um den Betrag von €150.000,00 zu ergänzen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 25 (12 CDU, 4 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP,
Trommer, Walz, Weckerle)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (2 Bündnis 90/Die Grünen, Wolter)

**Besichtigung des Sportheims "Am Kaffeedamm"
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 23.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-01.1**

Beschluss:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim organisiert zeitnah für die Stadtverordneten eine Besichtigung des Sportheims „Am Kaffeedamm“.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Abrisskosten für das Raiffeisengebäude in Allmendfeld
hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 08.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-02**

Dieser Antrag war nach den Ausführungen des Bürgermeisters in der Sitzung des Ortsbeirates am 23.11.2011 seitens des Antragstellers zurückgezogen worden.

Neugestaltung Bürgersaal
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-03

Beschluss:

Die Investitionen zur Neugestaltung des Bürgersaales in Höhe von 85 TE (Produkt 11101) werden auf 2014 verschoben.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 9 (5 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 3 SPD, 1 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : 1 (FWG)

Herr Schnittker war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Sanierung Unterführung Stadtmitte;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-04

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

„Dass die sich bereits abzeichnenden Mehrkosten im Investitionsprogramm 2013 eingestellt werden.“

Dieser Antrag war nach den Erläuterungen des Bürgermeisters im Bauausschuss am 30.11.2011 zurückgezogen worden.

Investitionszuschuss für Kinder - und Familienzentrum
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-05

Beschluss:

Bei der im Betreff genannten Position einen Sperrvermerk (zweckgebunden) vorsehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 26 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP, Trommer, Walz)
Nein-Stimmen : 2 (Weckerle, Wolter)
Enthaltung : -

Straßensanierung im Stadtteil Allmendfeld (Hahner Straße, Hauptstraße, Hintere Straße und Waldstraße;
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011

Vorlage: 0245/S/11-06

Der ursprünglich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld vom 13.11.2011 vorgelegte Antrag lautet wie folgt:

„Der Magistrat wird beauftragt, in das Investitionsprogramm 2010-2015 eine Sanierung der oben genannten Straßen im Stadtteil Allmendfeld aufzunehmen.“

Dieser Antrag war bereits in der Sitzung des Ortsbeirates Allmendfeld am 23.11.2011 mehrheitlich abgelehnt worden und ist deshalb nicht mehr im Geschäftsgang.

"Bürger-Information und -Service"

hier: Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011

Vorlage: 0246/S/11-01

Seitens der Stadtverordneten Trommer und Walz wird folgender Antrag vorgelegt:

Antrag zum Haushalt 2012 „Bürger-Information und -Service“
Budget 1 Neues Produkt Energieberatung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Der Magistrat sucht eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter, die/der interessiert und befähigt ist, sich auf dem Gebiet Erneuerbare Energien, Energie-Effizienz u. ä. ggf. aus- und weiterzubilden. Diese Person übernimmt anschließend die zusätzliche Funktion einer/eines internen und externen Energiebeauftragten. Sie soll möglichst aus dem Kreis der aktuell im Stadthaus Beschäftigten kommen. Falls dies nicht möglich sein sollte, ist möglichst eine vorhandene, neu zu besetzende Stelle dafür zu wählen.
2. Die/der Energiebeauftragte berät die Beschäftigten und die Bürger der Schöfferstadt Gernsheim und vermittelt bei Bedarf Kontakte zum Kreis Groß-Gerau und den einschlägigen Institutionen. Weiter erarbeitet die/der Energiebeauftragte Vorschläge zu Energiesparmaßnahmen sowie dem Ausbau des Einsatzes Erneuerbarer Energien.
3. Die/der Energiebeauftragte informiert die städtischen Bediensteten und die Öffentlichkeit kontinuierlich über Möglichkeiten zum Energieeinsparen, über Energie-Effizienz, Fördermöglichkeiten usw., und dies soweit möglich mit Bezug/Schwerpunkt auf die Schöfferstadt Gernsheim. Dazu lässt der Magistrat eine eigene Seite auf der Homepage der Schöfferstadt Gernsheim installieren.
4. Gemeinsam mit der/dem Energiebeauftragten erarbeitet der Magistrat ein

Konzept für eine Dauerausstellung z. B. im Stadthaus oder der Stadthalle zum Thema Energiesparen und Erneuerbare Energien. Als Vorbild kann die Wanderausstellung des Ministeriums dienen.

5. Den Energietag führt der Magistrat ab 2012 jährlich durch. Die/der Energiebeauftragte erstellt jeweils einen Erfahrungsbericht (erstmalig für das Jahr 2012) und Verbesserungsvorschläge. Dazu befragt sie/er sowohl Aussteller als auch Besucher.

Seitens der CDU-Fraktion wird am 05.09.2011 folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Änderungsantrag der CDU -Fraktion:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Da die o. g. Stadtverordnetenvorlagen haushaltswirksam sein können, beantragen wir, diese Anträge zu den HH-Planberatungen im November/Dezember 2011 aufzurufen.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Frau Birgit Weinmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, den Antrag der Stadtverordneten Trommer und Walz in einen Prüfantrag umzuwandeln mit folgendem Zusatz:

„Zunächst erfolgt eine Kontaktaufnahme mit den Nachbarkommunen Biebesheim und Stockstadt, um in Erfahrung zu bringen, ob es dort ähnliche Ansätze gibt, die eventuell auch aus Kosten- und Personalgründen nicht angegangen werden. Weiterhin ist abzufragen, ob hier eine interkommunale Zusammenarbeit denkbar ist. Wenn ja, sollte der mögliche Stellenumfang und die daraus resultierenden Kosten ermittelt werden.

Auch ein Energietag könnte rotierend in den drei Kommunen stattfinden.“

Herr Trommer begrüßt die Umwandlung des Antrages in einen Prüfantrag und ist mit der Ergänzung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einverstanden. Er zieht seinen Ursprungsantrag zurück. Die Ziffern 1 – 5 des Ursprungsantrages bleiben bestehen.

Der **Prüfantrag** lautet nunmehr wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu prüfen:

1. Der Magistrat sucht eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter, die/der interessiert und befähigt ist, sich auf dem Gebiet Erneuerbare Energien, Energie-Effizienz u. ä. ggf. aus- und weiterzubilden. Diese Person übernimmt anschließend die zusätzliche Funktion einer/eines internen und externen Energiebeauftragten. Sie soll möglichst aus dem Kreis der aktuell im Stadthaus Beschäftigten kommen. Falls dies nicht möglich sein sollte, ist möglichst eine vorhandene, neu zu besetzende Stelle dafür zu wählen.

2. Die/der Energiebeauftragte berät die Beschäftigten und die Bürger der Schöfferstadt Gernsheim und vermittelt bei Bedarf Kontakte zum Kreis Groß-Gerau und den einschlägigen Institutionen. Weiter erarbeitet die/der Energiebeauftragte Vorschläge zu Energiesparmaßnahmen sowie dem Ausbau des Einsatzes Erneuerbarer Energien.
3. Die/der Energiebeauftragte informiert die städtischen Bediensteten und die Öffentlichkeit kontinuierlich über Möglichkeiten zum Energieeinsparen, über Energie-Effizienz, Fördermöglichkeiten usw., und dies soweit möglich mit Bezug/Schwerpunkt auf die Schöfferstadt Gernsheim. Dazu lässt der Magistrat eine eigene Seite auf der Homepage der Schöfferstadt Gernsheim installieren.
4. Gemeinsam mit der/dem Energiebeauftragten erarbeitet der Magistrat ein Konzept für eine Dauerausstellung z. B. im Stadthaus oder der Stadthalle zum Thema Energiesparen und Erneuerbare Energien. Als Vorbild kann die Wanderausstellung des Ministeriums dienen.
5. Den Energietag führt der Magistrat ab 2012 jährlich durch. Die/der Energiebeauftragte erstellt jeweils einen Erfahrungsbericht (erstmalig für das Jahr 2012) und Verbesserungsvorschläge. Dazu befragt sie/er sowohl Aussteller als auch Besucher.

Zunächst erfolgt eine Kontaktaufnahme mit den Nachbarkommunen Biebesheim und Stockstadt, um in Erfahrung zu bringen, ob es dort ähnliche Ansätze gibt, die eventuell auch aus Kosten- und Personalgründen nicht angegangen werden. Weiterhin ist abzufragen, ob hier eine interkommunale Zusammenarbeit denkbar ist. Wenn ja, sollte der mögliche Stellenumfang und die daraus resultierenden Kosten ermittelt werden.

Auch ein Energietag könnte rotierend in den drei Kommunen stattfinden.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 11 (6 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, Trommer, Weckerle, Walz, Wolter)
 Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG)
 Enthaltung : -

"Elektrische Geräte in städtischer Verwaltung und Betrieben"
hier: Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011
Vorlage: 0246/S/11-02

Seitens der Stadtverordneten Trommer und Walz liegt folgender Antrag vor:

Antrag zum Haushalt 2012 „Elektrische Geräte in städtischer Verwaltung und Betrieben“

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Alle Bürogeräte und andere elektrische Energieverbraucher — soweit sie nicht aus Sicherheits- oder Erreichbarkeitsgründen aktiv sein müssen — schaltet der jeweilige Mitarbeiter zu seinem Arbeitsschluss ab. Dazu lässt der Magistrat für jeden Arbeitsplatz einen separaten Schalter installieren.
2. Der Magistrat bietet allen städtischen Bediensteten Kurse für energiesparendes Fahren und Verhalten im Umgang mit elektrischen Geräten sowie Heizungen an. Um Aufwand und Kosten zu sparen, soll dies möglichst in Zusammenhang mit anderen Kommunen oder Institutionen erfolgen.

Haushaltsansatz 5 T Euro.

Weiterhin liegt seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vor:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Da die o. g. Stadtverordnetenvorlagen haushaltswirksam sein können, beantragen wir diese Anträge zu den HH-Planberatungen im November/Dezember 2011 aufzurufen.

Die Abstimmung über die Ziffern 1. und 2. erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 1.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 3 (Trommer, Walz, Weckerle)
Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : 7 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Wolter)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 10 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz, Weckerle, Wolter)
Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG)
Enthaltung : 1 (FDP)

"Windenergieanlagen"

hier: Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011

Vorlage: 0246/S/11-03

Seitens der Stadtverordneten Trommer und Walz wird folgender Antrag vorgelegt:

Antrag zum Haushalt 2012 „Windenergieanlagen“
Budget 3 Teilergebnishaushalt 51101 Räumliche Planungs- und

Entwicklungsmaßnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt ein geeignetes Ingenieurbüro, ein EVU oder eine Organisation der Riedwerke zu überprüfen,

- a) welche planungsrechtlichen Änderungen vorgenommen werden müssen, damit der Bau von „großen“ Windenergieanlagen in der Gemarkung Gernsheim möglich wird,
- b) welche Kriterien gegeben sein müssen, damit Klein-Windenergieanlagen auf privaten oder kommunalen Flächen installiert werden können.

Haushaltsansatz: 5.000,00 Euro.

Weiterhin liegt seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vor:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Beschluss:

In der kommenden Sitzungsrunde zur Stadtverordnetenversammlung in der Schöfferstadt Gernsheim lädt die Ausschussvorsitzende des Fachausschusses ULF zu einer Informationsveranstaltung alle Stadtverordneten ein. Referentinnen und/oder Referenten folgender fachkompetenter Einrichtungen sollen eingeladen werden:

- JUWI, Wörrstadt
- Transferstelle, Bingen
- Energiekompetenz-Center, Groß-Gerau

Weiterhin liegt folgender

Änderungsantrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011, Vorlage: 0246/S/11-03.1, Vorlage: 0246/S/11-03.1, vor:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt - soweit das städtische Bauamt dies nicht leisten kann - ein

geeignetes Ingenieurbüro, ein EVU oder eine Organisation der Riedwerke zu überprüfen,

- a) welche planungsrechtlichen Änderungen und welche formalen Schritte vorgenommen werden müssen, damit der Bau von „großen Windenergieanlagen“ in der Gemarkung der Schöfferstadt Gernsheim möglich wird;
- b) welche Kriterien gegeben sein müssen bzw. welche Voraussetzungen

geschaffen werden müssen, damit Klein-Windenergieanlagen auf privaten oder kommunalen Flächen in der Gemarkung der Schöfferstadt Gernsheim installiert werden können.

Haushaltsansatz: 5.000 €, soweit nicht aus dem Ansatz von Produkt 51101 „Bauamt - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen" finanzierbar.

Nach den Erläuterungen des Bürgermeisters wird der Antrag seitens der Antragsteller zurückgezogen.

Außerdem liegt ein

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2011,
Vorlage: 0246/S/11/03.2, vor:**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beauftragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

In der kommenden Sitzungsrunde zur Stadtverordnetenversammlung in der Schöfferstadt Gernsheim lädt die Ausschussvorsitzende des Fachausschusses ULF zu einer Informationsveranstaltung alle Stadtverordneten ein. Referentinnen und/oder Referenten folgender fachkompetenter Einrichtungen sollen eingeladen werden:

- JUWI, Wörrstadt
- Transferstelle, Bingen
- Energiekompetenz-Center, Groß-Gerau

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Sanierung eines Duschraumes im Sportheim "Am Kaffeedamm";
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-04**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushaltes 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 616 1000, Kostenträger 1108005, Kostenstelle 3102180, um € 10.000,00 für die Sanierung eines Duschraumes im Sportheim „Am Kaffeedamm" zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP,
Walz, Trommer, Weckerle)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (Wolter)

**Erneuerung der Trinkwasserleitungen, Toiletten und Warmwasserspeicher
in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-05**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 6161000, Kostenträger 11108005, Kostenstelle 3102140, weitere € 72.000,00 für die Erneuerung der Trinkwasserleitungen, Toiletten und Warmwasserspeicher in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erneuerung des Sektionaltores am Bauhof;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-06**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 6161000, Kostenträger 11108005, Kostenstelle 3102260, für die Erneuerung des Sektionaltores an der Lagerhalle des Bauhofs um € 11.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Planungskosten für den Knotenumbau L3112/Konrad-Adenauer-Ring/Otto-
Hahn-Straße;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-07**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 54301, Sachkonto 6779000, Kostenträger 54301003, Kostenstelle 3206011, für Planungskosten bezüglich des Knotenumbaus L3112/Konrad-Adenauer-Ring/Otto-Hahn-Straße um € 40.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erweiterung der städtischen Kinderkrippe "Eulennest" - Mehrkosten;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-08**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushaltsplans 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, I-Nr. 11108023, für die Erweiterung der städtischen Kinderkrippe „Eulennest“ — Mehrkosten- um € 130.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Bewegungspark für Seniorinnen und Senioren;
hier: Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-09**

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob

- in Zusammenarbeit mit dem privaten Träger des Hauses Rheinaue ein öffentlich zugänglicher Bewegungspark eingerichtet werden kann; als alternative Standorte böten sich der Europapark und/oder der Rheinpark an.
- z.B. entlang des Rheins eine Nordic-Walking-Strecke (z.B. Rundweg) eingerichtet werden kann; Tafeln mit fach- und sachgerechten Hinweisen zum Laufen und zur Strecke sollen an den einzelnen Einstiegspunkten aufgestellt werden.

Vorsorglich sollen Haushaltsmittel in Höhe von Euro 7.000 eingestellt werden, um im Falle einer positiven Prüfung des Magistrates eine Umsetzung vornehmen zu

können.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Erhöhung der Hundesteuer; hier: Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012 Vorlage: 0246/S/11-10

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Änderungssatzung über eine Erhöhung der Hundesteuer zur Beschlussfassung zuzuleiten. Dabei ist eine Umfrage der Erhebungssätze in der umliegenden Region vorzulegen. Ziel ist die Anpassung der Hundesteuer; diese Änderungssatzung soll zum 01.01.2012 rechtskräftig werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, Walz, Wolter, Trommer, Weckerle)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

Fahrten zu einem Hallenbad; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2011 Vorlage: 0246/S/11-11

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Abweichend von der Intention der Antragstellerin der Stadtverordnetenvorlage 0221/S/11 „Fahrt für Vorschulkinder und Senioren zu einem Hallenbad“ , aber im Einklang mit den Inhalten des Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion vom 08.06.2008 zum Vortrag des Magistrats [Vorlage 0142/S/08] beantragt die CDU-Fraktion,

- alle Interessenten im wöchentlichen Rhythmus an wechselnden Wochentagen und - wenn möglich - zu wechselnden Uhrzeiten vom 01.01.2012 bis zum 30.06.2012 kostenlos mit einem Shuttle-Bus vornehmlich in das Basinus-Bad nach Bensheim zu fahren.

- die Vergabe der Plätze im Bus erfolgt nach dem sog. Windhundverfahren.
- den Eintritt hat jede Mitfahrerin / jeder Mitfahrer selbst zu entrichten.
- der Aufenthalt im Bad ist zeitlich zu begrenzen, die Abfahrt erfolgt drei Stunden nach Ankunft.
- nach Vorlage der Evaluationsergebnisse dieses halbjährigen Shuttle-Betriebs entscheidet die Stadtverordnetenversammlung erneut über eine mögliche Verlängerung dieser Einrichtung.
- die kalkulierten Kosten für einen Ganzjahresshuttle in Höhe von 8.840,00 € sind in den HH-Plan-Entwurf 2012 einzustellen, davon sind 4.420,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
 Nein-Stimmen : -
 Enthaltung : -

**Fahrten zu einem Hallenbad;
 hier: Änderungsantrag zu dem CDU-Antrag 0246/S/11-11 der
 Stadtverordneten Ursula Wolter vom 22.11.2011
 Vorlage: 0246/S/11-11.01**

Seitens der Stadtverordneten Ursula Wolter wird folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Der vom Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim bestellte Shuttle-Bus fährt 1x wöchentlich zu einem vom Magistrat mit der Badleitung Basinius-Bad abgestimmten Termin nach Bensheim. Wenn das Basinius-Bad belegt sein sollte, muss in Pfungstadt und/oder in Groß-Gerau angefragt werden.
2. Die Fahrten sollen für die Teilnehmer kostenfrei sein und nach erfolgtem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zeitnah aufgenommen werden.
3. Der Magistrat regelt die Vergabe der Plätze.
4. Nach Wetterlage und mit Beginn der Öffnung der Freibäder im südlichen Ried sind die Fahrten einzustellen.
5. Der Magistrat erstellt nach der ersten Saison für die STVV einen Erfahrungsbericht als Grundlage für eine weitere Beschlussfassung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 4 (Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
 Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
 Enthaltung : 6 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Grundhafte Sanierung Unterführung Stadtmitte;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-12**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt-Nr. 54101, Investitions-Nr. 54101030 -Grundhafte Sanierung Unterführung Stadtmitte- den Ansatz von seither € 750.000,00 um € 850.000,00 auf € 1.600.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Unterstützung der Stadt Gernsheim zur Grabenräumung nördlich des Klein-Rohrheimer Fahrdammes;
hier: Beschluss des Ortsbeirats Klein-Rohrheim vom 23.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-13**

Beschluss:

Der Ortsbeirat Klein-Rohrheim bittet die Stadt um Unterstützung zur Grabenräumung nördlich des Klein-Rohrheimer Fahrdammes.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Nivellierung und Neuanlegen des Bolzplatzes in Klein-Rohrheim
hier: Beschluss des Ortsbeirats Klein-Rohrheim vom 23.10.2011
Vorlage: 0246/S/11-14**

Beschluss:

Der Ortsbeirat Klein-Rohrheim bittet um Unterstützung für ihr Anliegen, den Bolzplatz in Klein-Rohrheim zu nivellieren und neu anzulegen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Grüne, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (Trommer)

**Bau eines Fußgänger-Überweges Mainzer Straße
hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 09.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-15**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt mit dem Amt für Straßenbau Kontakt aufzunehmen, um die Genehmigung zum Bau eines Fußgängerüberweges mit Ampelanlage in Höhe der Bushaltestelle zu erreichen.

Die Kosten für diese Maßnahme sind zu ermitteln und im HH 2012 einzustellen

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Modernisierung der Heizanlage in der Alten Schule Klein-Rohrheim
hier: Antrag der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 09.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-16**

Der Antrag i. S. Modernisierung der Heizanlage in der Alten Schule Klein-Rohrheim wurde im Ortsbeirat Klein-Rohrheim am 23.11.2011 nach den Ausführungen durch Herrn Bürgermeister Burger durch den Antragsteller zurückgezogen.

**Straßensanierung im Stadtteil Allmendfeld (Hahner Straße, Hauptstraße,
Hintere Straße und Waldstraße;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld
vom 13.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-17**

Der ursprüngliche Haushaltsantrag wurde in einen Antrag zum Investitionsprogramm umgewandelt und hat nun die laufende Nummer 0245/S/11-06

**Ausweitung des Jugendpflegeangebots auf Allmendfeld
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld
vom 13.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-18**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld lag folgender Antrag vor:

„Der Magistrat wird beauftragt, für den Stadtteil Allmendfeld ein Konzept zur Einbindung der städtischen Jugendpflege auf den Stadtteil Allmendfeld zu erstellen.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass eine

Ausweitung auf den Stadtteil Allmendfeld mit den aktuellen Kräften nicht möglich sei. Er halte die Erarbeitung eines Konzepts im Rahmen des Arbeitskreises, der Kirche und den Vereinen für sinnvoller.

Der Antrag wird durch die Antragstellerin zurückgezogen, unter der Maßgabe, dass eine Kontaktherstellung zum Jugendpfleger unter Einbeziehung interessierter Jugendlicher, der Kirche und den ortsansässigen Vereinen erfolgt, um zu überlegen, wie eine Jugendarbeit im Stadtteil Allmendfeld aussehen könnte.

Der Bürgermeister sagt eine Kontaktherstellung zu.

**Erweiterung um Spalte Hochrechnung laufendes Jahr (hier 2011)
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-19**

Beschluss:

Den Haushaltplan um eine Spalte zu ergänzen, aus der ersichtlich ist, welche Werte die aktuelle Hochrechnung des laufenden Jahres ergibt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 6 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 3 SPD, 1 FDP, Wolter)
Enthaltung : 5 (2 FWG, Walz, Weckerle, Trommer)

**Gebäudemanagement Innenanstrich Bürgersaal;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-20**

Beschluss:

Die Ausgaben in Höhe von 10 T€ für den Anstrich des Bürgersaales streichen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 8 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Walz, Wolter)
Nein-Stimmen : 20 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP, Weckerle, Trommer)
Enthaltung : -

**AST-System auf ganz Gernsheim ausweiten;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-21**

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

„Der Magistrat wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2012 jährlich 50 T€ zur Bereitstellung einer flächendeckenden AST-Versorgung im Stadtgebiet einzuplanen. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt mit der LNVG Verhandlungen zu führen, um noch im Jahr 2012 eine AST-Versorgung für das

gesamte Stadtgebiet einzuführen. Auch eine rein kommunale Variante ist zu prüfen.“

Im Rahmen der Aussprache wird durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den vorliegenden Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln, mit folgendem Text:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob es möglich ist, ab dem Haushaltsjahr 2012 jährlich 50 T€ zur Bereitstellung einer flächendeckenden AST-Versorgung im Stadtgebiet einzuplanen. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt zu prüfen, ob mit der LNVG Verhandlungen geführt werden können, um noch im Jahr 2012 eine AST-Versorgung für das gesamte Stadtgebiet einzuführen. Auch eine rein kommunale Variante ist zu prüfen.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Prüfantrag: Zustimmung

Ja-Stimmen : 26 (11 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 1 FWG, 1 FDP, Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 1 (CDU)
Enthaltung : 1 (FWG)

Darstellung der Einnahmeseite bei hervorgehobenen Kosten (z. B. Kinderbetreuung)

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-22

Es liegt folgender Antrag vor:

Bei explizit ausgewiesenen Kosten (z. B. Laufende Zuschüsse für Kindertagesstätten / -krippe soll ebenfalls die Zeitreihe der anderen Kostenträger (z. B. Eltern, kirchliche Träger, Land Hessen) aufgeführt werden.

Im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales wird der Antrag nach den Erläuterungen des Bürgermeisters seitens der Antragsteller als erledigt erklärt.

Friedhofnutzungskonzept erstellen

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-23

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- a) In den Haushalt 2012 wird ein Betrag in Höhe von 10 T€ für die Erstellung eines zukünftigen Friedhofnutzungskonzeptes eingestellt.
- b) Parallel hierzu soll die Investition I-55301003 in Höhe von 45 TE mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Die Abstimmung über die Buchstaben a) und b) erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe a: Ablehnung

Ja-Stimmen : 10 (6 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, Trommer, Walz, Wolter)
Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, Weckerle)
Enthaltung : --

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe b: Ablehnung

Ja-Stimmen : 9 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz, Wolter)
Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG)
Enthaltung : 2 (1 FDP, Weckerle)

**Konzept für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung erstellen
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-24**

Beschluss:

60 T€ für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Innenstadtentwicklung (-belebung) im Haushalt einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 1 FDP,
Trommer, Walz)
Nein-Stimmen : 2 (Wolter, 1 FWG)
Enthaltung : 2 (Weckerle, 1 FWG)

**Strecken- und Laufwegetafel am Parkplatz L 3112 vor der Autobahnbrücke
hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 21.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-25**

Beschluss:

Für den Haushalt 2012 werden Mittel zum Aufstellen einer Strecken- und Laufwegetafel am Parkplatz L 3112/Autobahnbrücke Richtung Hähnlein eingestellt. Das vandalismussichere Schild zeigt die Lauf- und Wanderwegestrecken im Gernsheimer Stadtwald an und weist zusätzlich auf die Streckendistanzen für Fitnesssportarten, z.B. Jogging und Nordic/Walking hin. Zur Finanzierung bzw. Mitfinanzierung dieser Serviceleistung für Fitness & Gesundheit sollen mögliche Sponsoren, wie z.B. regionale Firmen, Krankenkassen usw. vom Magistrat der Schöffersstadt angesprochen werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Anstrich- und Renovierungsarbeiten der Turnhalle Allmendfeld
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-26**

Im Rahmen der Erläuterungen zum Teilbereich Gebäudemanagement bezüglich der Renovierung des Nebenzimmers im Bürgerhaus Allmendfeld / Trennwand zwischen Turnhalle und Nebenzimmer führte Herr Bürgermeister Burger in der Sitzung des Ortsbeirates Allmendfeld am 23.11.2011 auf Befragen durch Herrn Jan Hillerich (CDU-Ortsbeiratsfraktion) aus, dass in den Haushaltsansätzen 2012 ein Anstrich der Turnhalle einschließlich Holzdecke nicht vorgesehen sei.

Für diese Arbeiten sei ein Kostenaufwand von ca. 15.000 € zusätzlich notwendig.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Bürgermeister Burger beantragt Herr Jan Hillerich für die CDU-Ortsbeiratsfraktion Allmendfeld mündlich in den Entwurf des Haushaltes 2012 für die Anstrich- / Renovierungsarbeiten der Turnhalle Allmendfeld 15.000 € bereitzustellen

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 DP,
Trommer, Walz, Weckerle)
Nein-Stimmen : 1 (Wolter)
Enthaltung : --

**Städtepartnerschaft mit Swiecie; hier: Sommersprachkursus für Bürger und
Bürgerinnen aus der Partnerstadt Swiecie;
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 23.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-27**

- a) Der Magistrat erarbeitet eine Planung für die Durchführung eines deutschen Sprachkurses in Swiecie im Sommer 2012.
- b) Bei der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau setzt sich der Magistrat für das Angebot eines polnischen Sprachkurses in Gernsheim ein.

Die Abstimmung über die Ziffern a) und b) erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer a): Ablehnung

Ja-Stimmen : 4 (Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : 6 (Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 30.11.2011 wurde der Antrag zu **Ziffer b)** nach den Ausführungen des Bürgermeisters seitens der Antragstellerin als erledigt erklärt.

E-Mobilität

hier: Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-28

Beschluss:

Bei der Neu- und/oder Ersatzbeschaffung von motorgetriebenen Fahrzeugen, gleich ob per Investition oder Leasing, erhalten umweltfreundliche Antriebssysteme den Vorzug. Besonders geeignet sind dafür elektrische, Hybrid- und/oder Gasantriebe. Der Magistrat berücksichtigt den voraussichtlichen Neu- und Ersatzbedarf des Jahres 2012 z.B. im Teilergebnis-Haushaltprodukt 12206 „Ordnungsbehördenbezirk - Straßenverkehrsbehörde“. Außerdem ermittelt er die Auswirkungen im Sinne einer Öko-Bilanz für Fahrzeuge mit konventionellen bzw. den alternativen Antriebsarten.

Haushaltsansatz: Interne Verrechnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 10 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : --

Kontinuierliche Energieeinsparungen und Weiterbildung

hier. Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-29

Beschluss:

Zum Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen und Informationen zu Themen der Energieeinsparung und Verbesserung der CO₂-Bilanz bzw. dem Klimaschutz werden den Stadtverordneten im Jahr 2012 finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Sie werden entsprechend der Zahl der teilnehmenden Stadtverordneten aufgeteilt und auf Verwendungsnachweis ausgezahlt. Die näheren Bedingungen und Regeln legt der Magistrat fest und teilt sie möglichst kurzfristig der Stadtverordnetenversammlung mit.

Haushaltsansatz: 6.000 €

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 4 (Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 24 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : -

Energieeinsparungen in städtischen Wohnungen
hier: Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-30

Beschluss:

1. Alle städtischen Wohnungen sollen hinsichtlich ihrer Wärmedämmung den Vorschriften der neuen EnEV 2009 für sanierte Gebäude entsprechen. In 2012 veranlasst der Magistrat erste Sanierungen in einem Kostenrahmen von 50.000 €.
2. Das Warmwasser soll zukünftig - soweit technisch möglich und sinnvoll - mit Solarkollektoren erzeugt werden. In 2012 veranlasst der Magistrat erste Umstellungen in einem Kostenrahmen von 30.000 €.
3. Der Magistrat erarbeitet Vorschläge für die Heizungssanierung und einen Zeitplan für dessen Umsetzung. Dabei sind auch kurzfristig mögliche Maßnahmen mit relativ geringen Investitionen, die aber sofort wirksam sind, wie elektronische Heizungsregler, zu überprüfen.
4. Der Magistrat gibt den Mietern konkrete Empfehlungen zum eigenen Energieeinsparen. Sie umfassen Aktivitäten, die auf die Zustände sowohl vor der Sanierung als auch danach abzielen.
5. Eventuelle anschließenden Mieterhöhungen dürfen nicht über die Einsparungen, die die Mieter voraussichtlich mit den Maßnahmen haben, hinausgehen.

Haushaltsansatz: 80.000 €.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 4 (Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 23 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG)
Enthaltung : 1 (FDP)

Energie aus Biomasse

hier: Antrag der Stadtverordneten Ged Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-31

Beschluss:

Für zukünftige Wohngebäude und große Wärmeverbraucher ist die gemeinsame Erzeugung von Wärmeenergie aus heimischer Biomasse eine umweltfreundliche und energieeffiziente Alternative. Das gilt vor allem, wenn außer der Wärmeenergie auch wertvolle elektrische Energie erzeugt werden kann. Der

Magistrat ermittelt auf der Basis der im städtischen Verantwortungsbereich anfallenden Biomasse, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und deren Potenzialen, welche Nutzungsarten realisierbar sind. Weiter erarbeitet er Vorschläge, für welche Verbraucher, z.B. städtische Wohngebäude, Schulen, Hallenbad oder neue Baugebiete der Anschluss an eine entsprechende Wärmeversorgung ggf. ebenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen/Institutionen sinnvoll ist.

Haushaltsansatz: 3.000 €, soweit nicht aus dem Ansatz von Produkt 51101 „Bauamt - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ finanzierbar.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 10 (6 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 18 (12 CDU, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : -

Bürgerbefragung zum Thema Hallenbad
hier: Antrag der der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-32

Beschluss:

Der im Haushaltsentwurf eingestellte Betrag von 15.000 € wird auf 5.000 € gekürzt.

Haushaltsansatz: minus 10.000 €.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 4 (Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 24 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : -

4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2010-2015 einschl. aller eingegangenen Anträge

Vorlage: 0245/S/11

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2010–2015.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 4 Grüne, 3 SPD, 2 FWG 1 FDP, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 4 (2 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz)

Enthaltung : -

**5 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0246/S/11**

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		23.789.674 EUR
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	25.497.803 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	0 EUR

mit einem Fehlbedarf von	(-)	1.708.129 EUR
---------------------------------	-----	----------------------

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den <i>Einzahlungen und Auszahlungen</i> aus <u>laufender Verwaltungstätigkeit</u> auf		109.794 EUR
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--------------------

und dem Gesamtbetrag der

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf		2.770.312 EUR
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf	(-)	6.555.150 EUR

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf		300.000 EUR
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf	(-)	619.750 EUR

mit einem Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von festgesetzt.	(-)	4.214.382 EUR
------------------------------------------------------------------------------------	-----	----------------------

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur

Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt auf:

300.000 EUR

darin enthalten sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, Abt. B

300.000 EUR

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf:

5.000.000 EUR

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **320 v. H.**

b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **250 v. H.**

2. Gewerbesteuer auf **360 v. H.**

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen Gemeindeordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 4 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP, Wolter, Weckerle)

Nein-Stimmen : 4 (2 Bündnis 90/Die Grünen, Trommer, Walz)
Enthaltung : -

6 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim
Vorlage: 0271/S/11

BESCHLUSS:

Vorbehaltlich der positiven Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 bezüglich der Erhöhung der Hundesteuer (Vorlage Nr. 0246/S/11-10) beschließt sie den beiliegenden Entwurf der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim
Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG,
Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : --
Enthaltung : 1 (FDP)

7 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik
Vorlage: 0279/S/11

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2011 vom 09.11.2011 zum Buchungsstand 30.09.2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik- zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

8 Radwegeführung im Kreuzungsbereich B 44 (neu) / L 3112
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011
Vorlage: 0283/S/11

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Kontakt aufzunehmen, um das Gefahrenpotenzial an den Radwegequerungen an der Ampelkreuzung B44/L3112 erneut zu bewerten und zu beseitigen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

- 9 Ortseinfahrt Hahner Straße**
hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011
Vorlage: 0284/S/11

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, gemeinsam mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen die Situation an der Ortseinfahrt B426/Hahner Straße zu überprüfen, da trotz der bisherigen Veränderungen in bestimmten Situationen die Übersicht im Einmündungsbereich nicht optimal ist.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

- 10 Wechselseitige Praktika von Beschäftigten der Schöfferstadt Gernsheim und den verschwisterten Kommunen Bar-sur-Aube/Frankreich und Swiecie/Polen**
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0258/S/11

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schöfferstadt Gernsheim und bei den Beschäftigten der mit Gernsheim verschwisterten Kommunen Bar-sur-Aube und Swiecie Interesse gibt, zeitlich begrenzte Praktika im Sinne einer Fortbildung außerhalb ihrer eigenen Beschäftigungsstelle durchzuführen.

Wenn ja, wird der Magistrat gebeten, vorsorglich entsprechende HH-Mittel in den Entwurf des HH-Planes 2013 einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 6 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, Herr Trommer, Frau Walz, Frau Wolter, Herr Weckerle)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

- 11 Antrag zur Überarbeitung der bestehenden Abfallsatzung einschl. der 1. Änderungssatzung zum HH-Jahr 2013**

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0259/S/11

Bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 30.11.2011 wurde vereinbart, dass das Wort „alternative“ durch das Wort „zusätzliche“ Einführung ersetzt wird.

Der Beschlusstext lautet nunmehr wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat wird im Hinblick auf eine mögliche zusätzliche Einführung kleinerer Müllgefäße beauftragt, die derzeit bestehende Abfallsatzung sowie die 1. Änderungssatzung zur Abfallsatzung einschl. der darin enthaltenen Gebührentatbestände zur Müllentsorgung im Laufe des HH-Jahres 2012 zu überarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zur Entscheidung zuzuleiten.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

12 Errichtung eines Ortsschildes am Rheinufer
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2011
Vorlage: 0267/S/11

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, mit dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt Kontakt aufzunehmen, um festzustellen, ob die Möglichkeit besteht, ein beleuchtetes Ortsschild mit der Aufschrift „Schöfferstadt Gernsheim“ am Rheinufer (zwischen Schiffermast und Hafenspitze) zu errichten.

Ziel ist es, für unsere stark mit der Schifffahrt verwurzelte Schöfferstadt Werbung zu betreiben.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

13 Bezug von Ökostrom
hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 15.11.2011 sowie Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011
Vorlage: 0285/S/11

Seitens des Stadtverordneten Herbert Weckerle wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit regionalen Stromanbietern einen Rahmenvertrag zur Lieferung von Ökostrom für alle Verbrauchsstellen städtischer Betriebe, von städtischen Liegenschaften sowie für die Straßenbeleuchtung zu verhandeln und abzuschließen. Der Bezug von Ökostrom mit einem regenerativen Anteil von 100% für die Schöfferstadt Gernsheim ist möglichst kurzfristig zu vereinbaren.

Weiterhin wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt nach Abschluss des neuen Stromkonzessionsvertrages mit dem zukünftigen Stromnetzbetreiber bzw. der angeschlossenen Stromvertriebsparte des Unternehmens Verhandlungen aufzunehmen, dass die Schöfferstadt Gernsheim spätestens ab dem 1.1.2013 mit 100% Ökostrom für alle städtischen Verbrauchsstellen versorgt wird.

Bei den Verhandlungen ist anzustreben, dass die Schöfferstadt Gernsheim für den Ökostrom gleiche oder bessere Konditionen erzielt wie für den Strommix des Versorgers.

Sowohl der Ursprungsantrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle als auch der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden zurückgezogen, da zurzeit noch kein neuer Vertrag mit einem Stromanbieter besteht.

- 14** **Einrichtung/Wiederbelebung einer Treppenhausgalerie im Stadthaus der Schöfferstadt Gernsheim;**
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011
Vorlage: 0286/S/11

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass im Stadthaus der Schöfferstadt Gernsheim eine Treppenhausgalerie eingerichtet, bzw. wiederbelebt wird

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

- 15** **Mehrzweckraum Schöfferhaus, Initiative zur Nutzungserweiterung;**
hier: Antrag der Stadtverordneten Herbert Weckerle und Marianne Walz vom 15.11.2011
Vorlage: 0287/S/11

Beschluss:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, geeignete Regelungen zur effizienteren und vielfältigeren Nutzung des Mehrzweckraums im Erdgeschoss des Schöffenhauses zu erarbeiten. Die Nutzung soll begrenzt werden auf Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse stehen.

Diese Veranstaltungen sollen museal-kulturellen, vorzugsweise völkerverständigenden, die Geschichte erklärenden und weiteren Bildungszwecken dienen. Vermietungen und Überlassungen ausschließlich zu solchen Zwecken, die dem öffentlichen Nutzungsinteresse dienen, sind zu genehmigen. Der Magistrat erarbeitet Vergaberegeln und legt umgehend der Stadtverordnetenversammlung einen Regelungskatalog zur Überlassung oder einen Satzungsentwurf vor.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 13 (6 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FWG, 1 FDP, Trommer, Walz, Wolter, Weckerle)
Nein-Stimmen : 15 (12 CDU, 3 SPD)
Enthaltung : -

**16 Gestaltung der leeren Schaufenster der städtischen Liegenschaft "Ehemaliges Raiffeisengebäude" in der Bleichstraße;
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 22.11.2011
Vorlage: 0293/S/11**

Beschluss:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt künstlerisch tätigen Gruppen, Einzelpersonen und/oder Vereinen die beiden großen Schaufenster des ehemaligen Fahrradgeschäftes der städtischen Liegenschaft, Bleichstraße, zu Ausstellungszwecken zur Verfügung. Der Magistrat regelt die Modalitäten wie Auswahl der Aussteller und Dauer der Ausstellungen. Der Magistrat klärt ebenfalls die eventuell auftretenden Versicherungsfragen. Für die Reinigung der Scheiben soll ein Betrag von Euro 500,00 im Haushalt 2012 eingestellt werden. Wenn die Liegenschaft veräußert oder das Gebäude abgerissen werden sollte, müssen die Aussteller sofort die Ausstellungsgegenstände ausräumen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

17 Anfragen

Seitens der Stadtverordneten Marianne Walz wird folgende Anfrage (Anfrage 52/2011) vorgelegt:

Während der vorangegangenen Ausschusssitzungen, so auch in der des JKSS am 29.11.2011, berichtete Bgm. Peter Burger über das Treffen am 2.12.11 mit der in den USA lebenden Nachfahrin der jüdischen Familie Weil. Ich hatte über einen Kontakt mit Herrn Wolfgang Hell am 1.12. davon erfahren und daraufhin telefonisch im Büro des Kulturamts, Frau Bolenz, nachgefragt. Mein Anliegen war es, dass der in Gernsheim für die Aufarbeitung der NS-Verfolgungen 1933-45 engagierte gemeinnützige Verein Memor einen Vorstandsvertreter zu dieser Zusammenkunft schickt. Der Bescheid der Frau Bolenz, erteilt lt. Auskunft gemäß Information von Bgm. P. Burger, fiel jedoch abschlägig aus, begründet mit dem vorgeblich „rein privaten Charakter“ der Zusammenkunft.

Fragen:

1. Wie kann das privaten Charakter haben, was der Bürgermeister während seiner Dienstzeit offiziell an Kontakten pflegt und was anschließend Gegenstand des Berichts des Magistrates ist?
2. Aus welchem Grund sollte verhindert werden, dass ein Vertreter von Memor Kontakt zur Familie Weil bekommt?

Antwort:

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass der Besuch der Familie Lorch-Sabin einen rein privaten Charakter gehabt hatte. Im wesentlichen ging es der Familie darum, mehr über die Familiengeschichte (Elternhaus etc.) zu erfahren.

Das Treffen fand im Büro des Bürgermeisters statt. Anschließend fand ein gemeinsames Essen statt, an dem Herr Bürgermeister Burger, Frau Bolenz, Herr Hutmacher, Herr Hertling sowie die Familie Lorch-Sabin teilgenommen haben.

Die Familie Lorch-Sabin fuhr in Begleitung von Herrn Hutmacher und Herrn Hertling weiter nach Auerbach, wo sie den jüdischen Friedhof besuchten.

Von dort aus fuhr die Familie Lorch-Sahin nach Dieburg weiter, von wo der Vater von Frau Lorch-Sabin stammte.

Eine Einladung für den Verein Memor zu dem Treffen wurde als nicht notwendig erachtet, da es der Familie um die Erforschung der einzelnen Familiengeschichte gegangen sei und weniger um die Zeit 1933 bis 1945.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher
Für die CDU-Fraktion
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Für die SPD-Fraktion
Für die FWG-Fraktion
Für die FDP

Schriftführerin